

## Österreichs wahlwerbende Parteien zu den Lebensgrundlagen der Menschheit

Krems/Wien, 23.9.2024: Sechs Tage vor der Wahl präsentiert der Österreichische Biodiversitätsrat die Ergebnisse seiner Umfrage an die im Nationalrat vertretenen Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, DIE GRÜNEN, NEOS) zu ihren Positionen und geplanten Maßnahmen zum Schutz und der Wiederherstellung der Artenvielfalt und ihrer Lebensräume. Während die ÖVP auf die Umfrage nicht reagiert hat, lieferten alle anderen Parteien umfangreiche Antworten.

Die Bedrohung der biologischen Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Verlust von Arten, Lebensräumen und genetischer Vielfalt beeinträchtigt nicht nur Ökosysteme, sondern gefährdet auch die Lebensgrundlagen aller Menschen. Der [Österreichische Biodiversitätsrat](#) verstärkte 2023 seine [Kernforderungen](#), in denen er die Bundesregierung, den Nationalrat und alle weiteren politischen Gremien aufforderte, rasch konkrete und effektive Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Das vom Biodiversitätsrat veröffentlichte „[Barometer der Biodiversitätspolitik](#)“ zeigte für das Jahr 2023 neuerlich eine schlechte bis stark verbesserungsbedürftige Situation der politischen Umsetzung.

Die im Vorfeld der Nationalratswahl durchgeführte **Parteienumfrage (ÖVP, Die Grünen, SPÖ, FPÖ und NEOS)** soll die **Positionen der Parteien zu den wichtigsten Maßnahmen für einen Stopp des Biodiversitätsverlusts in Österreich bis spätestens 2030** aufzeigen. Trotz mehrfacher An- und Nachfragen bei den verantwortlichen Personen kam aus der **ÖVP** keinerlei Reaktion auf die Umfrage. Alle anderen Parteien beantworteten die 11 Fragen in mehr oder weniger umfangreichem Ausmaß. Eine Zusammenfassung der Originalantworten steht als Download auf <https://www.biodiversityaustria.at> zur Verfügung.

### Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität im politischen Handlungsfeld

**Die Grünen** möchten die selbst gestarteten Maßnahmen wie Bodenschutz und Flächenrecycling unter ausreichender Dotierung des Biodiversitätsfonds fortführen. Sie betonen die Notwendigkeit von ausgewogenen Entscheidungen bei der Flächenwidmung für die Energiewende und die Priorität der Erstellung des Wiederherstellungsplans der Natur bis 2026. Damit soll die Biodiversität in alle relevanten politischen Handlungsfelder integriert werden. Die **SPÖ** plädiert für einen verpflichtenden Biodiversitäts-Check, der alle neuen Gesetze und Regierungsvorhaben auf mögliche negative Auswirkungen auf die Natur und Artenvielfalt überprüft. Sie erkennt auch den Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln. **NEOS** legen den Fokus auf das Flächenmanagement und fordern ein Bundesrahmengesetz für Flächenmanagement und Raumordnung sowie ein nationales Naturschutzgesetz. Sie betonen die Notwendigkeit, umweltschädliche Subventionen abzuschaffen und die Renaturierung in Österreich dem neuen EU-Gesetz entsprechend voranzutreiben. Die **FPÖ** erkennt ebenfalls die Bedeutung des Biodiversitätsschutzes an, zeigt sich jedoch skeptisch, was die vollständige

Integration dieses Themas in alle politischen Bereiche betrifft. Sie spricht sich in einem ersten Schritt für Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung aus.

**ÖBDR:** *Aus den Antworten ist zu entnehmen, dass die vom ÖBDR geforderte vollständige Verankerung des Biodiversitätsschutzes in alle politischen Handlungsfelder von den Grünen und den NEOS beabsichtigt wird, wobei Letztere bereits 2020 für die Ausrufung des Biodiversitätsnotstandes plädiert hatten. Der von der SPÖ vorgeschlagene „Biodiversitäts-Check“ aller Regierungsvorhaben würde die politische Gesamtdimension ebenfalls umfassen. Die FPÖ liegt hier mit reiner Bewusstseinsbildung weitab einer Priorisierung des Biodiversitätsschutzes.*

### **Schutz und Erhalt der Artenvielfalt und Lebensräume**

Die Parteien haben unterschiedliche Pläne, um den Erhaltungszustand von Arten und Lebensräumen gemeinsam mit den Bundesländern zu verbessern.

**Die Grünen** planen unter anderem Arten- und Lebensraumschutzprojekte für Schutzgüter in schlechtem Erhaltungszustand umzusetzen. Sie wollen biodiversitätsbezogene Beratungsleistungen durch verschiedene Institutionen und Organisationen ausbauen und die Biodiversitätsförderschiene im Waldfonds fortsetzen und erweitern. Die **SPÖ** setzt auf zusätzliche finanzielle Mittel für Biodiversitätsmaßnahmen und die stärkere Verbindung von Schutzgebieten. Sie wollen ein Grünes Netz errichten, indem 10 % der Waldfläche außer Nutzung gestellt und auf eine biodiversitätsfreundliche Bewirtschaftung gesetzt wird. **NEOS** betonen die Bedeutung des Renaturierungsgesetzes zur Wiederherstellung von Lebensräumen. Sie fordern einen an die österreichischen Gegebenheiten angepassten Wiederherstellungsplan, der unter Einbindung aller relevanten Stakeholder und wissenschaftlicher Expertise erstellt wird. Die **FPÖ** verweist in dieser Frage auf die Kompetenzverteilung im Naturschutz zwischen Bund und Ländern und sieht damit in Regierungsverantwortung nur eine Unterstützung der Länder vor.

**ÖBDR:** *Nationale und regionale Artenschutzprogramme (Grüne) sowie deren ausreichende Finanzierung (SPÖ) sind dringend notwendig, um den schlechten Erhaltungszustand von über 80% der Schutzgebiete in Österreich zu verbessern. Zusätzliche Mittel für biodiversitätsnahe Bewirtschaftung der Wälder (Grüne, SPÖ) sind begrüßenswert. Das von den NEOS angeführte Gesetz zur Wiederherstellung der Natur wird ebenfalls zu einer verbesserten ökologischen Infrastruktur beitragen. Aus Sicht des ÖBDR benötigt es alle genannten Maßnahmen zusammen. Die FPÖ-Antwort gibt keine nähere Auskunft zu konkreten Maßnahmen.*

### **Nutzung der Potenziale intakter Ökosysteme**

Sowohl natürliche als auch land- oder forstwirtschaftlich genutzte Ökosysteme sind für den Erhalt der Biodiversität und den Klimaschutz wichtig. Die Parteien haben unterschiedliche Pläne, um diese Potenziale zu nutzen.

**Die Grünen** betonen die Bedeutung von Renaturierungsprojekten und wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nutzen, um von der reinen Flächenförderung zu einer vorrangigen Förderung von Umweltmaßnahmen überzugehen. Wälder sollen struktur- und artenreicher und die Bewirtschaftung auf dauerhafte Walddeckung umgestellt werden. **Die SPÖ** fordert eine Bio-Wende in der Landwirtschaft, um den Anteil biologischer Landwirtschaft auf 50% zu erhöhen und den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Hecken und Blühstreifen sollten gezielt gefördert werden. Zudem betont die SPÖ die Bedeutung der EU-Entwaldungsverordnung zum Schutz natürlicher Lebensräume über die Grenzen hinaus und fordert dafür höhere finanzielle Mittel. **NEOS** heben die Bedeutung von Feuchtgebieten und Mooren als Kohlenstoffspeicher hervor und fordern ein Maßnahmenpaket zur Mobilisierung (Wiedervernässung) von Mooren. Für die Landwirtschaft fordern NEOS eine Anpassung der Fördersysteme unter Berücksichtigung der Emissionsreduktionen. Die **FPÖ** betont die Notwendigkeit, die heimische Natur zu schützen und die Kulturlandschaft zu bewahren, um die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln zu gewährleisten. Sie sehen darin einen innerstaatlichen Ausgleich, um eine Abhängigkeit von internationalen Agrarindustrien zu verhindern, die anderenorts Ökosysteme bedrohen. Die FPÖ begrüßt Ziele, Anreize und Förderprogramme gegen Bodenverbrauch und Zersiedelung.

*ÖBDR: Aus den Antworten ist zu entnehmen, dass alle Parteien die Bedeutung intakter Ökosysteme für uns Menschen erkannt haben. Bis auf die FPÖ sehen die Parteien konkrete Maßnahmen zum Erhalt und der Wiederherstellung der Ökosysteme vor, die wir unterstützen. Über den Hebel der Umstellung von naturschädlichen zu biodiversitätsfördernden Subventionen für Land- und Forstwirtschaft gibt es dabei auch Einigung. Anreize gegen die Versiegelung von Böden (FPÖ) sind generell positiv zu sehen, leider wurde auf deren Ausgestaltung nicht näher eingegangen.*

### **Umsetzung internationaler Abkommen und nationaler Strategien**

Die Umsetzung des Weltnaturabkommens und der Biodiversitätsstrategie 2030+ ist eine der zentralen Aufgaben in der kommenden Legislaturperiode. Natur- und Biodiversitätsschutz ist in erster Linie bei den Österreichischen Bundesländern geregelt. Welche Maßnahmen setzen die Parteien gemeinsam mit den Ländern, Bezirken und Gemeinden, um die Ziele der Abkommen zu erreichen?

**Die Grünen** sehen in der Umsetzung des Kunming-Montreal-Übereinkommens eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden und planen dafür breite Abstimmungsprozesse mit allen relevanten Akteur:innen. Das Bewusstsein über die Auswirkungen einzelner Produkte auf die Biodiversität soll gestärkt werden. Die **SPÖ** möchte gemeinsam mit den Bundesländern konkrete Ziele zum Bodenschutz erarbeiten. Sie fordert dafür die Stärkung von Ortskernen sowie die Entsiegelung an der Peripherie. Die Verbindung von Schutzgebieten über die Landesgrenzen hinweg ist ebenfalls ein zentrales Anliegen der Partei. **NEOS** beabsichtigen ein Maßnahmenpaket zur Mobilisierung der Moore und einen Notfallplan gegen das Artensterben. Sie planen ein nationales Komitee für Biodiversitätsschutz und eine umfassende Informationskampagne zur Biodiversitätskrise. Eine

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU soll zu nachhaltigen Anbaumethoden, regionalen Lebensmittelproduktion und zur leistungsbezogenen Vergabe von Fördermitteln führen. NEOS schlagen ein Bonus-Malus-System im Finanzausgleich mit den Bundesländern vor, welches diese in die Pflicht nehmen soll. Der Bodenverbrauch soll über ein Bundesrahmengesetz begrenzt werden. Die **FPÖ** betont, der Bund möge nur unterstützend tätig werden, wo es seitens der Länder gewünscht ist. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung internationaler Abkommen wurden von der Partei jedoch nicht detailliert ausgeführt.

**ÖBDR:** *Österreich ist bei der Erfüllung der Ziele der internationalen Abkommen sowie der EU-Biodiversitätsstrategie 2030+ säumig, sodass bereits Strafzahlungen drohen. Neue Regelwerke, wie das Renaturierungsgesetz der EU, kommen hinzu. Es besteht ein äußerst dringlicher Handlungsbedarf und damit die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Während die Grünen dafür einen Bottom-Up Ansatz wählen, schlagen NEOS deutlich mehr Vorgaben durch den Bund vor. Daher scheint die Steuerung über den Finanzausgleich der NEOS durchaus diskutierenswert. Die SPÖ sucht mit Bund-Länder-Dialogen einen Mittelweg. Die FPÖ sieht die Verantwortung vorrangig bei den Ländern. Die Vergangenheit zeigt jedoch, dass die bisherigen Wege wenig Erfolg hatten.*

### **Finanzierung des Biodiversitätsschutzes**

Die Finanzierung des Biodiversitätsschutzes in Österreich ist sehr mangelhaft dotiert. Der derzeit bestehende Biodiversitätsfonds mit einem Volumen von 80 Millionen Euro wird von den meisten Parteien als erster wichtiger Schritt anerkannt. Allerdings gehen die Meinungen darüber, ob diese Mittel ausreichen, auseinander.

**Die Grünen** stimmen mit der Forderung des Biodiversitätsrates nach der Biodiversitätsmilliarde überein. Dazu fordern sie eine Neuausrichtung der bestehenden Fördertöpfe auf EU-, Bundes- und Länderebenen. Subventionen, die der Biodiversität schaden, müssen abgeschafft werden. **Die SPÖ** plädiert auch für die Biodiversitätsmilliarde. Die bestehenden Förderungen für gewässerökologische Maßnahmen und zur Revitalisierung von verbauten Flächen sollen erhöht werden. **NEOS** lehnen die Forderung nach einer Biodiversitätsmilliarde ab, und setzen auf effizientere Mittelverwendung. Sie gehen davon aus, dass eine Aufstockung des bestehenden Biodiversitätsfonds zur Umsetzung der Renaturierungsziele ausreichen wird. Weitere Mittel für Biodiversitätsmaßnahmen seien in der EU vorgesehen. Auch die **FPÖ** zieht die Einführung einer Biodiversitätsmilliarde in Betracht, legt jedoch Wert darauf, dass konkrete Maßnahmen im Vordergrund stehen und finanzielle Mittel allein keine Garantie für den Erfolg von Biodiversitätsprojekten sind.

**ÖBDR:** *Aus Sicht der Expert:innen des ÖBDR ist eine Milliarde Euro notwendig, um die nationalen und internationalen Biodiversitätsziele zu erreichen. Dieser Punkt findet sich im Wahlprogramm der Grünen und der SPÖ, jedoch nicht bei den NEOS und der FPÖ. Biodiversität ist die Lebensgrundlage der Menschen. Hierfür kann und darf kein Sparstift angesetzt werden.*

### **Beibehaltung des Umwelt- und Klimaministeriums**

Die Parteien haben unterschiedliche Ansichten zur Beibehaltung eines eigenständigen Umwelt- und Klimaministeriums und zu den Zukunftsthemen, die in diesem Ministerium vereinigt werden sollen.

**Die Grünen** befürworten die Beibehaltung des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und betonen das dadurch ermöglichte „Biodiversity Mainstreaming“ sowie die Erfolge bei der Einbringung von Biodiversitätsaspekten in bspw. Kreislaufwirtschaft oder Lieferkettengesetz. Die **SPÖ** fordert, dass Umwelt-, Natur- und Klimapolitik in einem Ministerium gebündelt werden und auch die Kompetenzen für Wasser wieder mit den Umweltkompetenzen zusammenzuführen. **NEOS** verweisen auf die zahlreichen Klima- und Umweltgesetze, die auf europäischer Ebene verabschiedet wurden und umgesetzt werden müssen. Dafür benötige es eine zukunftsgerichtete Klima- und Umweltpolitik, unabhängig von der exakten Zusammensetzung der Ministerien. Die **FPÖ** sieht die Zusammensetzung der Bundesministerien als flexibel und abhängig vom jeweiligen Regierungsprogramm. Die organisatorische Verortung der Bereiche Umwelt- und Klimaschutz soll nach Zweckmäßigkeit beurteilt werden.

***ÖBDR:** Der Zugang der Parteien zu einem eigenständigen Klima- und Umweltministerium erweist sich als unterschiedlich, die Grünen und die SPÖ sprechen sich eindeutig für ein starkes Klima- und Umweltministerium aus. Als es ein solches Ministerium noch nicht gab, war dies eine Kernforderung des ÖBDR. Eine mit starken Kompetenzen und hohen Ressourcen ausgestattete Stelle sieht der ÖBDR als unerlässlich. Zusätzlich fordert der ÖBDR in Biodiversitäts- und Klimabelangen aber auch die Zusammenarbeit aller Ministerien, sowie einen Umwelt- und Klimabeirat aus Expert:innen, der die Regierung berät.*

### **Aus- und Weiterbildung sowie Forschung zu Biodiversität**

Das Verständnis für die Artenvielfalt und das Wissen über die Biodiversität sind wesentliche Elemente der Bildung auf allen Ebenen. Mehrere Ministerien sind davon betroffen, und die Parteien haben unterschiedliche Ansichten zur aktiven Vernetzung und Finanzierung konkreter Maßnahmen.

**Die Grünen** treten für eine deutliche Mittelsteigerung in der Forschung und einen Aktionsplan zur Biodiversitätsbildung auf allen Bildungsebenen ein, der vom Klimaministerium, Bildungsministerium und den Bundesländern koordiniert werden soll. Die **SPÖ** schlägt vor, die Vernetzung und Kapazitätsbildung durch eine eigenständige Struktur, ähnlich dem Klima- und Energiefonds, zu organisieren. Die Akzentuierung des Biodiversitätsfonds für Forschungsprojekte wäre zu evaluieren. **NEOS** sehen den Bildungsbereich, von der Elementarbildung bis zur Erwachsenenbildung und der Fortbildung der Lehrkräfte, als zentralen Zukunftsbereich, in den mehr investiert werden muss. Sie betonen die Bedeutung der Lehrpläne im Schulbereich zur Stärkung des Wissens über Biodiversität und unterstützen die Autonomie der Universitäten und Fachhochschulen bei der Entwicklung ihrer Curricula. Für Wissenschaft und Forschung wurde bereits mehrfach eine Erhöhung des Budgets gefordert. Die **FPÖ** unterstützt die Forderung nach einer ausreichenden Dotierung des

Biodiversitätsfonds. In der Frage der Bildung sei die Finanzierung der Kooperationen zwischen den Ministerien im Budget abzubilden.

**ÖBDR:** *Der Einsatz für Biodiversitätsbildung auf allen Ebenen seitens der Grünen und NEOS ist begrüßenswert. Die Umsetzung über eine eigenständige Struktur (SPÖ) ist auch Forderung des ÖBDR. Eine von den Grünen vorgeschlagene Bund-Länder-Steuerungsgruppe aus BMK, BMBWF und den Bundesländern könnte die strategische Ausrichtung und Dotierung des Fonds (mit dem BMF) übernehmen. Die FPÖ liefert hier leider keine Antwort. Für die Wissenschaft fordert der ÖBDR die Einrichtung eines Biodiversitätsforschungsprogramms nach dem Vorbild des FWF-Programms „Emerging Fields“. Dazu ist die von den Grünen und NEOS beabsichtigte Erhöhung der Mittel notwendig.*

### **Unterstützung für ein nationales Zentrum für Biodiversitätsdokumentation**

Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Forschung benötigen einfachen Zugang zu Biodiversitätsdaten. Dazu zählt die Erfassung von Daten durch Monitoring, die Harmonisierung von Beobachtungsdaten, Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlungen und Einbindung von Citizen Science Daten. Die Parteien haben unterschiedliche Ansichten zur Errichtung eines nationalen Zentrums für Biodiversitätsdokumentation.

**Die Grünen** sehen die Einrichtung eines solchen Zentrums sehr positiv und betonen, dass derzeit große Datenbestände nicht zugänglich sind. Sie fordern mehr Mittel für das Biodiversitätsmonitoring, eine bessere Vernetzung bestehender Datenbanken sowie öffentlichen Zugang. Die **SPÖ** beabsichtigt eine stärkere Vernetzung von Daten über eine Einrichtung ähnlich dem Klima- und Energiefonds zu unterstützen. **NEOS** betonen die Transparenz von Daten für evidenzbasierte politische Entscheidungen. Sie plädieren für Effizienz und Umgang mit den bestehenden Ressourcen. Die **FPÖ** unterstützt die Forderung nach dem Aufbau und der Pflege einer umfassenden Datenbank zur Erfassung und Auswertung von Biodiversitätsdaten. Der umfassende Zugang zu diesen Daten für Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Forschung müsse sichergestellt werden.

**ÖBDR:** *Daten und deren Verfügbarkeit für Entscheidungsträger:innen werden von allen Parteien gewünscht. Ein vom ÖBDR gefordertes Biodiversitätsdokumentationszentrum (analog zur GeoSphere Austria für Klima- und Wetterdaten) wird von der SPÖ und den Grünen unterstützt. Die Grünen erkennen auch die Notwendigkeit für eine verbesserte finanzielle Ausstattung im Monitoring. Der Umgang mit bestehenden Datenbanken (NEOS) ist in Anbetracht der unzähligen Quellen, Eigentumsrechten, Datenformate etc. sehr schwierig. Die gewünschte Effizienz kann ein nationales Datenzentrum bringen.*

### **Umsetzung des Europäischen Renaturierungsgesetzes in Österreich**

Die österreichischen Parteien haben unterschiedliche Ansichten zur Umsetzung des Europäischen Renaturierungsgesetzes. **Die Grünen** weisen darauf hin, dass - unter Koordinierung der Bundesländer und des Bundes - ein nationaler Renaturierungsplan zu erstellen ist. Das Klimaschutzministerium hat bereits Mittel für diesen Prozess reserviert. Das

Umweltbundesamt wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Parallel dazu müssen bestehende Förderprogramme neu ausgerichtet werden. Die **SPÖ** fordert einen nationalen Aktionsplan Renaturierung, der unter anderem eine Biodiversitätsmilliarde, einen verpflichtenden Biodiversitäts-Check bei Gesetzen und Regierungsvorhaben und die konsequente Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung umfasst. **NEOS** betonen die Notwendigkeit gemeinsamer Ziele zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und fordern wenig Bürokratie und praktische Umsetzbarkeit. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird von NEOS als ebenso wichtig wie die Renaturierung angesehen. Die **FPÖ** unterstützt grundsätzlich Maßnahmen zur Renaturierung, sieht jedoch in der Zustimmung der grünen Ministerin zum EU-Renaturierungsgesetz den Fortbestand der Kulturlandschaft und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln gefährdet. Die Partei fordert, den Beschluss rückgängig zu machen und einen neuen Prozess unter Einbindung aller Stakeholder zu initiieren.

***ÖBDR:** Ohne Zustimmung Österreichs zum EU-Renaturierungsgesetz wäre das gesamte Gesetz EU-weit gescheitert. Damit wären zahlreiche Maßnahmen für die Biodiversität, die auch für den Klimaschutz wirksam werden, in Europa gestrichen. Mitglieder des ÖBDR haben sich an den Stakeholdermeetings in Vorbereitung des Gesetzes mit Expertisen eingebracht, aufgeklärt und Vorschläge präsentiert. Mittlerweile ist das Gesetz in Kraft und die vorgeschlagenen Schritte der Parteien der Grünen, SPÖ und NEOS zeigen in die richtige Richtung. Der von der FPÖ vorgeschlagene Neustart würde eine neuerliche Verschleppung bedeuten und ist daher abzulehnen.*

## **Fazit**

Leider hat die **Kanzlerpartei ÖVP** die Umfrage des Biodiversitätsrates nicht beantwortet und auch auf mehrfache Nachfragen nicht reagiert. Das ist insofern bedauernswert, als sie in Regierungsverantwortung war und wieder sein möchte, jetzt aber den interessierten Wähler:innen keinen Ausblick auf ihre Ideen und Absichten im Umgang mit der Biodiversitätskrise - also mit den menschlichen Lebensgrundlagen - gibt. Zur Einschätzung der ÖVP empfehlen die Autor:innen daher, den Blick auf die bisherige Biodiversitätspolitik der ÖVP zu richten.

Aus den Antworten aller anderen im Nationalrat befindlichen Parteien lässt sich ersehen, dass die Notwendigkeit von politischen Aktivitäten gegen die Biodiversitätskrise anerkannt ist. Die **umfangreichsten Antworten und Lösungen dazu hat die Partei der Grünen** geliefert. Ihre Absicht ist es, die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gestarteten Initiativen in der kommenden verstärkt fortzusetzen. Eine ebenfalls **detaillierte Biodiversitätspolitik mit verstärkter Steuerung durch den Bund beabsichtigen die NEOS**, wobei in manchen Vorhaben die konkreten Zielsetzungen für die Erholung der Biodiversität fehlen. Die **SPÖ** verweist in ihren Antworten in einigen Punkten auf bereits bestehende Vorhaben, fordert aber auch eine **Mittelaufstockung und einen umfangreichen Biodiversitäts-Check bei neuen Gesetzen**. Die weniger umfangreichen Antworten der **FPÖ** gehen in vielen Punkten nicht oder nur **zaghafte über den Status Quo hinaus**. Die verantwortliche Umsetzung sieht diese Partei zudem vor allem bei den Bundesländern.

Die vorliegenden Antworten verdeutlichen, dass das Engagement zum Schutz der Biodiversität je nach Partei unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Aus Sicht des Österreichischen Biodiversitätsrates ist entscheidend, dass Biodiversität im Programm der neuen Bundesregierung höchste Priorität bekommt. Nur auf diese Weise lässt sich der Schutz der Lebensgrundlagen in Österreich sichern.

Der **Österreichische Biodiversitätsrat** ist die unabhängige Stimme für Biodiversität in Österreich und übernimmt dabei die Vertretung des Netzwerks Biodiversität Österreich (300 teilnehmende Personen und Organisationen). Der Rat besteht aus **21 Forscher:innen und Expert:innen der Bereiche Biodiversität, Ökologie, Landschaftsplanung, Naturschutz, ökologische Ökonomik, Agrarökonomie und Politikwissenschaften**. Im Mittelpunkt der Arbeit des ÖBDR stehen die **5 Kernforderungen zum Schutz der Biodiversität in Österreich**.

**Weitere Informationen:** <https://www.biodiversityaustria.at/biodiversitaetsrat/ziele-aufgaben/kernforderungen/>

**Für den Österreichischen Biodiversitätsrat:**

**Assoz.-Prof. Dr. Franz Essl**  
[franz.essl@univie.ac.at](mailto:franz.essl@univie.ac.at), 0676 609 16 38

**Assoz.-Prof. Dr. Andreas Tribsch**  
[andreas.tribsch@plus.ac.at](mailto:andreas.tribsch@plus.ac.at), 0699 811 21 344

**Kontakt:**

**Mag.<sup>a</sup> (FH) Yvona Asbäck, MBA,**  
Koordinatorin Biodiversitäts-Hub Österreich  
c/o Universität für Weiterbildung Krems  
[office@biodiversityaustria.at](mailto:office@biodiversityaustria.at), 02732 893-2327